

SONDERPREIS

„Wir verstehen uns als Qualitätstreiber“

Vor acht Jahren gründete Martin Stoll den Verein Öffentlichkeitsgesetz.ch. Die Idee: Die Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden per Gesetz zu mehr Transparenz zu zwingen. Auch wenn Behörden da und dort noch klemmen, dank Stoll hat sich die Situation stark verbessert. Dafür erhält er den erstmals vergebenen Sonderpreis des „Schweizer Journalisten“.

„Als ich realisierte, wie wichtig Informationsgesetze im Alltag vieler ausländischer Kolleginnen und Kollegen sind, wusste ich: Dieses Instrument müssen wir hier auch entwickeln“, sagt Martin Stoll, Gründer und Initiator des Vereins Öffentlichkeitsgesetz.ch. Eine Handvoll Medienschaffender nutzte in

der Schweiz das Öffentlichkeitsgesetz des Bundes, als er 2011 seine Initiative startete. „Es waren nicht einmal zehn, die damit arbeiteten“, erinnert er sich. Heute erscheint mindestens einmal pro Woche ein Beitrag, der sich auf Dokumente und Daten bezieht, die mit Hilfe eines Öffentlichkeitsgesetzes von den Behörden freigegeben werden mussten: Spesenaffären, hohe Chefarzt-Löhne, fragwürdiges Behörden-Lobbying oder umstrittene IV-Gutachten – die Story-Datenbank des Vereins, welche diese Arbeiten auf der Website dokumentiert, erfasst mehr als 200 solcher Artikel. Tendenz steigend.

„Basisinformationen, wie wir sie in amtlichen Dokumenten finden, geben einer Geschichte oft erst einen Boden“, sagt Stoll. Er ist heute Teilzeit-Geschäftsführer von Öffentlichkeitsgesetz.ch und beschäftigt sich als langjähriger Journalist der „Sonntagszei-

tung“ inzwischen schwerpunktmässig mit der Bundesverwaltung. Die Initiative habe in den Jahren, in denen der Verein Hunderte Journalistinnen und Journalisten geschult hat, insbesondere auch am Rollenverständnis der Medienschaffenden gearbeitet. Das blieb nicht ohne Folgen: Weil sich die Verwaltung mit einer zunehmenden Menge an Zugangsgesuchen auseinandersetzen musste – auf Bundesebene haben sie sich verdreifacht –, habe sich die Umsetzungspraxis vor allem beim Bund verbessert.

„Wir haben ein Recht auf Informationen“, sagt Stoll, „und damit können wir relevante Geschichten realisieren.“ Nur wo dies geschehe, ergebe Journalismus Sinn und habe auch eine Zukunft. Schliesslich gehe es auch darum, den mächtigen Verwaltungsapparaten auf die Finger zu schauen: „Heute ist ein Journalist nicht mehr auf den Goodwill eines Verwaltungsangestellten angewiesen, der ihm unterm Kaffeetisch ein Dokument zusteckt“, sagt er. Und: „Wir verstehen uns also auch als Qualitätstreiber im Schweizer Journalismus.“

Hauptsponsoren des Vereins sind Tamedia, die SRG sowie der Verband Schweizer Medien. Aber unter anderem auch die „WOZ“, die „Freiburger Nachrichten“, die „Engadiner Post“ und die Konsumenteninfo AG von René Schumacher gehören zu den Unterstützern. Wichtigster Geldgeber der Initiative ist Beat Weber, ein ehemaliger Aktionär des Winterthurer „Landboten“. Unterstützt wird der Verein zudem von Stiftungen und Mitgliedern.

Nicht selten endete die Vereinstätigkeit von Stoll und seinen Mitstreitern in der Vergangenheit vor dem Bundesgericht. Die Bilanz gewonnener Fälle ist durchwegs positiv. Trotzdem sieht Stoll noch Entwicklungspotenzial: „Gerade in den Kantonen ist noch viel zu tun.“ Weil die Thematik nicht nur Medienschaffende etwas angehe, habe der Verein seine Fühler auch in Richtung Zivilgesellschaft ausgestreckt: „Auch sie muss ein Interesse an der nachhaltigen Entwicklung des für Medien zentralen Themas haben“, so der Journalist. Mit diesem Statement steht er nicht allein da: Bis in zehn Jahren will die Uno mit ihrer „Agenda 2030“ erreichen, dass die Informationsrechte weltweit adäquat umgesetzt werden – auch in der Schweiz.



Vorreiter: Martin Stoll hat Pionierarbeit geleistet mit seinem Kampf für mehr Behördentransparenz.